

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit»

Freitag,
5. September 1879.

Inserate

sind an die Expedition in
Kreuzzeitung zu senden.

Inserationsgebühr

für die Expedition 20 Pf.

unter Umständen 30 Pf.

Telegraphische Depeschen.

* **Bromberg, 3. Sept., nachmittags.** Se. Maj. der Kaiser ist heute Nachmittag 1 1/2 Uhr hier eingetroffen und nach einem Aufenthalte von nur wenigen Minuten nach Thorn weiter gereist. Zur Begrüßung des Kaisers hatten sich der Regierungspräsident, der Präsident der Eisenbahngesellschaft, der Bezirkscommandeur und der Landrath am Bahnhofe eingefunden, die daselbst versammelte Menge begrüßte den Kaiser mit jubelnden Zurufen. Generalfeldmarschall v. Manteuffel, welcher mit dem deutschen Generalconsul v. Kochberg aus Warschau gestern Abend hier eingetroffen war, reiste mit Sr. Maj. nach Thorn weiter.

* **Thorn, 3. Sept., nachmittags.** Se. Maj. der Kaiser traf heute Nachmittag kurz nach 2 1/2 Uhr mittels Extrazuges hier ein, wurde auf dem Bahnhofe von den Spitzen der Behörden empfangen und von dem dort versammelten Publikum enthusiastisch begrüßt. Nach einem Aufenthalt von nur 6 Minuten wurde die Weiterreise nach Alexandrowo fortgesetzt. In der Begleitung Sr. Maj., welcher die russische Generalsuniform trug, befand sich auch Generalfeldmarschall v. Manteuffel.

* **Alexandrowo, 3. Sept., nachmittags.** Se. Maj. der Kaiser Alexander von Rußland war mittels eines acht Salonwagen zählenden Extrazuges bereits heute Nachmittag 1 1/2 Uhr mit großem Gefolge hier eingetroffen. Die Ankunft Sr. Maj. des Deutschen Kaisers erfolgte wenige Minuten nach 3 Uhr. Das Musikcorps der auf dem Bahnhofe aufgestellten russischen Ehrencompagnie intonirte, als Se. Maj. der Kaiser Wilhelm in den mit Fahnen und Girlanden reich geschmückten Bahnhof einfuhr, die preussische Nationalhymne. Die Begrüßung beider Monarchen war eine überaus herzliche. Durch die von allen Seiten herzugeströmten Volksmassen, welche sich in der nächsten Umgebung des Bahnhofes aufgestellt hatten, wurden beide Majestäten mit enthusiastischen Zurufen begrüßt. Nach dem Desfiliren der Ehrencompagnie zogen sich die beiden Monarchen zurück, um demnächst das Diner einzunehmen. Se. Maj. der Kaiser Wilhelm hat im Bahnhofe Wohnung genommen.

* **Alexandrowo, 3. Sept., abends.** Se. Maj. der Deutsche Kaiser stattete gegen 5 Uhr Sr. Maj. dem Kaiser Alexander einen halbständigen Besuch ab, welchen der Kaiser Alexander sodann erwiderte.

* **München, 3. Sept.** Die Frau Kronprinzessin des Deutschen Reiches hat heute Vormittag 9 Uhr 40 Min. ihre Reise nach Steiermark fortgesetzt.

* **London, 3. Sept.** Wie dem Reuterschen Bureau via Madeira aus der Capstadt vom 19. Aug. gemeldet wird, ist der neue Kral des Königs Ketschwayo in Amanzunge am 13. Aug. zerstückt worden. Die Cavalerie setzte die Verfolgung bis in die nächste Nähe Ketschwayo's fort, welcher mit mehreren Anhän-

gern in den Wald südwärts flüchtete. Drei Söhne des Königs Ketschwayo und mehrere hervorragende Anführer, welche 650 Stück Vieh mit sich führten, haben sich unterworfen.

Drei Wahlprogramme für den preussischen Landtag.

— **Kreuzzeitung, 4. Sept.** Die trübe durcheinanderwogenden Fluten der Wahlbewegung in Preußen begannen sich insoweit zu klären, als allmählich eine Partei nach der andern durch bestimmte Wahlprogramme, beziehentlich Wahlaufträge, die sie veröffentlicht, Stellung zu den andern Parteien und zur Regierung nimmt.

Drei solche Wahlprogramme liegen uns vor und zwar von den drei Parteien, welche in einer oder der andern Beziehung sich von den Extremen rechts und links abheben, daher möglicherweise wol dazu gelangen könnten, im Wege der Verständigung von Fall zu Fall etwas jener „Mittelpartei“, für deren Anbahnung die Provinzial-Correspondenz neuerlich so lebhaft sich verwendete, wenigstens Keimliches zu Stande zu bringen. Es sind die Wahlprogramme der Neconserverativen, der Freiconservativen und der National-Liberalen.

Jedenfalls ist es von Interesse und dient zur Orientirung über die politische und parlamentarische Lage in Preußen, wenn man diese Programme dreier der wichtigsten und zahlreichsten Parteien im preussischen Abgeordnetenhaus darauf hin näher ansieht, worin sie einander gleichen und worin sie sich voneinander unterscheiden.

Was zunächst den allgemeinen Parteistandpunkt betrifft, so beginnt das neconserverative Programm damit, „eine stetige, auf dem praktischen Bedürfnisse beruhende, nicht aus abstracten Principien hergeleitete Fortentwicklung aller staatlichen und wirtschaftlichen Zustände“ zu verlangen. Damit könnte man sich wol einverstanden erklären. Wenn das Programm aber diese „stetige Fortentwicklung“ als „Aufgabe der conservativen (!) Partei“ bezeichnet, und wenn es weiterhin zu dem Ende die Bildung „einer großen conservativen Partei im Lande“ fordert, so regt sich sofort der sehr begründete Zweifel, ob die neconserverative Partei mit solchen Nebensarten nur sich selbst täusche oder andere täuschen wolle. Denn so viel zeigen doch alle Erfahrungen, daß von einer „stetigen Fortentwicklung“ staatlicher und wirtschaftlicher Zustände ein großer und einflußreicher Theil der Conservativen in Preußen weit entfernt ist, vielmehr das Gegentheil davon erstrebt.

Ebenso unklar und selbst „abstract“ ist, was von der „Erhaltung der Machtverhältnisse der preussischen Krone in ihrem vollen (!) Umfange“ des breiteren gesagt wird. Wer die Machtverhältnisse der preussischen

Krone in ihrem „vollen“ Umfange erhalten wissen will, der muß zurückgehen bis vor die Verfassung vom 4. Dec. 1848. Denn im „vollen Umfange“, d. h. als absolut, besteht diese Machtverhältnisse nicht mehr, seitdem der König von Preußen nicht mehr, wie er das bis 1848 konnte, allein Gesetz erlassen, aufheben oder abändern, allein den Staatshaushalt festsetzen konnte u. Das unter den preussischen Conservativen so mancher dies wol möchte, steht nicht zu bezweifeln; allein eine Partei, die, wie die „neconserverative“, eben nur unbedingt „conservativ“ sein will, sollte nicht zu solchen Phrasen greifen, welche im Grunde eines um jeden Preis Conservativen, besser gesagt, eines Reactionärs, eine wirkliche Bedeutung haben.

Vorsichtiger verfährt hierin das Programm der freiconservativen Partei. Diese verspricht: „den leitenden Staatsmann in der Förderung seiner großen nationalen Ziele zu unterstützen, ohne dem Recht und der Pflicht, auch abweichenden Meinungen thätlichen Ausdruck zu geben, im mindesten zu entsagen“.

Das war der Standpunkt, den factisch die national-liberale Partei viele Jahre lang eingenommen hat und bei dessen Durchführung sie größtentheils mit der freiconservativen sich zusammensand.

Nach dem vorliegenden Programm nimmt die national-liberale Partei in Preußen eine mehr zuwartende Stellung zur Regierung ein. Alles, wozu sie sich versteht, ist eine „rein sachliche Prüfung aller Gesetzesvorlagen“, also keine Opposition von Haus aus und aus Grund. Sie fordert einen entscheidenden Einfluß für die „liberalen Mittelparteien“, ohne diesen Ausdruck näher zu definiren. Ob sie damit sich und die Fortschrittspartei meint, läßt sich daher nicht genau erkennen. Wäre dies der Fall, so dürfte freilich diesem allgemeinen Grundsatze mancher der späteren Programmpunkte, worin die Stellung der national-liberalen Partei zu den einzelnen schwebenden Fragen fixirt wird, zum Theil nicht unwesentlich widersprechen.

Unter diesen einzelnen Fragen steht in erster Linie die Steuerfrage. Beiläufig sei bemerkt, daß der Forderung der Provinzial-Correspondenz, wonach die handelspolitische Frage oder der „Schutz der nationalen Arbeit“ zum eigentlichen Mittelpunkte der ganzen Wahlagitacion, zum Schibboleth, woran die Parteien sich erkennen müssen, gemacht werden sollte, weder in dem neuen noch in dem freiconservativen Programm Nennung getragen ist. Beide betrachten ganz richtig diese Frage selbst als nicht vor den Landtag gehörig, beschäftigen sich daher nur mit deren indirecten Folgen für die innere Steuergesetzgebung Preußens.

Hier nun stimmen alle drei Programme darin überein, daß sie eine Reform der directen Besteuerung in Preußen in dem Sinne verlangen, daß die ärmeren Klassen möglichst entlastet, auch die Gemeinden in der Heranziehung von Steuerquellen begünstigt werden sollen. Die Frei- und Neconserverativen nennen zudem Zweckmäßig die Grund- und Gebäudesteuer

Der sechste Deutsche Kriegertag.

Am 24. Aug. fand, wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung berichtet, in Magdeburg die Versammlung des sechsten Deutschen Kriegertages statt. Der Ehrenpräsident Dirich-Berlin eröffnete den Kriegertag mit einem dreifachen Hoch auf Deutschlands Heldenkaiser. Sodann erstattete Präsident Kienemann-Berlin Bericht über die Thätigkeit des geschäftsleitenden Directoriums der Kriegerkameradschaft im letzten Vereinsjahre, während dessen die Kriegerkameradschaft um 600 Mitglieder zugenommen hat. Es folgte der Bericht der Revisoren über die Vollmacht, Feststellung der berechtigten Stimmen sowie der Kassenbericht und Wahl von Kassenrevisoren. Nachdem Vicepräsident Dr. Vander dann noch die anwesenden Vertreter der dem Verbands der Kriegerkameradschaft noch nicht angehörigen Kriegervereine begrüßt und sie aufgefordert hatte, an den Beratungen theilzunehmen, begann Dindelberg-Magdeburg zu referiren über die gegenwärtige Lage des Kriegervereinswesens. Er gab zunächst einen kurzen historischen Rückblick über die Entwicklung des deutschen Kriegervereinswesens seit dem Jahre 1870/71 und ging sodann speciell zu der Mission des Generals v. Glimmer über. Das durch die bestehenden Verhältnisse mehr oder weniger erschwerte Werk ist namentlich dadurch noch nicht so recht vorwärts gekommen, daß der bairische Veteranen- und Kampfgenoßenschaft sich dem Project vollständig ablehnend gegenüber verhalten und kategorisch erklärt hat, sich nicht unter des Kaisers Protectorat zu stellen; eine traurige, aber leider nicht zu ändernde Thatsache. Ferner sind auch diplomatische Schwierigkeiten vor-

handen, denn der König von Baiern ist Protector des bairischen Kampfgenoßenschaftsbundes, der König von Sachsen Protector von Sachsens Militärvereinsverband und der Großherzog von Baden Protector des Kriegervereinsverbandes von Baden. Da jedoch die Principien der Landesverbände nach dem Worte des Kaisers völlig intact bleiben sollen, so ist die Hoffnung keine leere, daß der große deutsche Verband doch fertig werden würde, zumal der sächsische wie württembergische Landesverband unter Zustimmung und auf Veranlassung der Könige von Sachsen und Württemberg beizutreten erklärt haben und der Kaiser damit einverstanden ist, daß Baiern eventuell für sich bleibe, da dessen Armee ja auch eine Sonderstellung im deutschen Reichsheere einnehme. Immerhin aber hat der Ruf des Kaisers in die deutschen Kriegervereine neues Leben gebracht und sie sind im frischen, frohlichen Aufblühen begriffen mehr denn je zuvor. Auf eine Frage von Grobe-Bremen theilt der Referent noch mit, daß das Hauptverdienst an dem ablehnenden Verhalten des bairischen Landesverbandes dem nicht einmal Soldat gewesenem münchener Polizeiaffessor Hector Stanz zukomme, was v. Sadow-Stuttgart bestätigt durch eine drastische Erzählung von dem Verhalten des Genannten gegenüber norddeutschen Kameraden auf der bekannten münchener Fahnenweihe. Hoffens-Stromberg beantragt eine Resolution des Inhalts, daß die Deutsche Kriegerkameradschaft und ihr Präsidium auch fernerhin nichts unversucht lassen werde, die endliche Schaffung des großen deutschen Kriegerverbandes herbeizuführen. Die Resolution findet Annahme. Zugleich beschließt man, Depeschen an Se. Maj. den Kaiser und den General

v. Glimmer abgehen zu lassen und in das Telegramm an den General den Ausdruck unbegrenzten Vertrauens anzunehmen. Durch eine Anfrage aus der Versammlung kommt noch das Verhalten des Deutschen Kriegerbundes und mehrerer Mitglieder von dessen Präsidium gegenüber dem Einigungsproject zur Sprache und schließlich die Besprechung damit, daß seitens Dindelberg's erklärt wird, in Magdeburg bestehe kein Gegensatz mehr zwischen den Kameraden der Kriegerkameradschaft und des Deutschen Kriegerbundes, und hoffe er, daß es dereinst im ganzen Deutschen Reiche so sein werde. Allgemeiner Beifall folgte diesen Worten. Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung betrafen nur interne Angelegenheiten der Kriegerkameradschaft.

Leiden einer deutschen Lehrerin in Rußland.

In dem in Genf unter der Redaction des früheren kleiner Universitätsprofessors Michael Dragomanow erscheinenden russischen Blatte Obschtscheje Dielo vom 24. Aug. veröffentlicht eine frühere russische Volksschullehrerin, Namens Olimpiada Kasiero, folgende Einzelheiten aus ihrem Leben in Rußland.

Frl. Kasiero eröffnete 1877 im Bezirke Wjshnyj-Wolotschok im Gouvernement Twer eine Volksschule, in welcher dieselbe zwei Jahre hindurch die armen Bauerkinder unentgeltlich unterrichtete. Am 16. Juni wurde sie plötzlich ohne jede Ursache verhaftet und in den Kerker geworfen. Sie schreibt hierüber:

„Einige Tage war ich im Gefängniß zu Wjshnyj-Wolotschok gefesselt, als eines Tages der ortsliche Gouverneur Somow in meine Zelle kam und mit dem

als eine solche, welche der Staat den Gemeinden überlassen solle; das national-liberale Programm schweigt darüber. Nur der Wahlausruf der National-Liberalen in Hannover, der überhaupt in den meisten Punkten concreter und praktischer zu Werke geht als das allgemeine Parteiprogramm, stimmt darin den Frei- und Neuconservativen bei. Die Quotifirung der directen Steuern wird im freiconservativen wie im national-liberalen Programm betont.

Den Uebergang der Privateisenbahnen an den Staat wollen die Neuconservativen „fördern, soweit es das finanzielle Interesse gestattet“. Und so glauben sie die nöthigen Reformen des Eisenbahntariffwesens erhoffen zu können. Die Freiconservativen zeigen sich als noch unbedingtere Anhänger des Staatseisenbahntariffwesens. Die National-Liberalen scheinen unter sich selbst über diese Frage nicht einig — einig nur darüber, einerseits das finanzielle Interesse des Staates (wie die Neuconservativen), andererseits aber auch die constitutionellen Rechte der Volkvertretung gegenüber der dadurch so bedeutend gesteigerten Macht der Staatsgewalt zu wahren. Die hannoverschen National-Liberalen wollen, wie es scheint, dem Ankauf der Privatbahnen nur so weit zustimmen, als es zur Regelung des Tarifwesens nöthig ist.

Für die Durchführung der Verwaltungsreform sprechen sich alle drei Programme aus, auch für deren Ausdehnung auf sämtliche Provinzen des Landes, zum Theil unter dem Beisatze: „mit Berücksichtigung der localen Eigentümlichkeiten“, wogegen wol nicht viel einzuwenden ist. Daß in den bereits ausgeführten Theilen derselben manches in der Erfahrung sich nicht vollständig bewährt habe, daher geändert werden müsse, darin stimmen auch alle so ziemlich überein. Wodurch die national-liberalen Programme, das allgemeine wie das hannoversche, sich von den beiden andern unterscheiden, ist die scharf betonte Forderung einer zeitgemäßen Landgemeindeordnung — ebenfalls unter Berücksichtigung localer Eigentümlichkeiten, wie die hannoverschen National-Liberalen vorsichtig hinzusetzen.

Erfreulich ist die Uebereinstimmung der drei Programme in Bezug auf den Culturkampf. Neuconservative wie National-Liberale sprechen von der Nothwendigkeit einer Aufrechterhaltung der „unveräußerlichen“ oder „unentbehrlichen“ Rechte des Staates gegenüber der Kirche; die Freiconservativen verlangen einfach „Unterordnung aller unter die allgemeinen Gesetze des Staates“. Wie hiernach Frei- und Neuconservative mit den Ultramontanen zusammen eine Coalition bilden können, ist freilich schwer zu begreifen.

Dagegen treten bei der Frage des Unterrichtswesens scharfe Gegensätze hervor, aber viel weniger zwischen Freiconservativen und National-Liberalen als zwischen jenen und den Neuconservativen. Diese letztern wollen den confessionellen Charakter der Schule möglichst aufrecht erhalten, die Leitung des Religionsunterrichts den einzelnen Confessionen überlassen und dem Staate nur die allgemeine Oberaufsicht vorbehalten wissen, während die Freiconservativen dieselbe grundsätzlich für eine Anstalt des Staates erklären und selbst betreffs der den Confessionen beim Religionsunterricht zu gewährenden Rücksichten verlangen, daß solche weder der Parität der Confessionen, noch der Gewissensfreiheit, noch dem Zweck der Schule widersprechen dürften. Die National-Liberalen halten fest

an dem factischen Schulaufsichtsgesetz und mahnen von neuem an das längst versprochene, umfassende Unterrichtsgesetz. Die hannoverschen National-Liberalen verlangen „Selbständigkeit der Schule unter Beachtung der religiösen Gefühle der verschiedenen Confessionen“.

Ueber die Frage wegen Verlängerung der Budgetperioden (in Preußen und im Reiche) schweigt sich das freiconservative Programm aus; die Neuconservativen weisen ihm einfach zurück.

Dies die Ähnlichkeiten und Verschiedenheiten der drei Programme. Freilich wird es, wie immer, noch sehr auf die Erläuterungen und nähern Präzisierungen der einzelnen Punkte ankommen, wie solche von den mündlichen Erklärungen der Candidaten zu erwarten sind. Danach erst wird sich näher bestimmen lassen, wie nahe einander oder wie weit voneinander ab die betreffenden Parteien stehen.

Der ultramontane Angriff auf das preußische Schulaufsichtsgesetz.

N.L.C. Berlin, 3. Sept. Die ultramontanen Blätter veröffentlichen die Beschwerdebüchlein, welche der Klerus der Diöcesen Münster und Paderborn in der Schulfrage an den Kultusminister v. Puttkamer gerichtet hat. Das Actenstück schließt mit der Bitte, der Minister „wolle geneigen, die den Organen der Kirche bei Ertheilung und Leitung des Religionsunterrichts durch die königlichen Regierungen bisher bereiteten Hindernisse zu beseitigen“. Was die Petenten an concreten Beschwerden beibringen, bezieht sich in der That nur auf den schulplanmäßigen Religionsunterricht. Aber die Begründung der Beschwerden — reichlich die Hälfte der Schrift — ist durchaus allgemeiner Natur. Thatsächlich läuft das Ganze auf die principielle Streitfrage hinaus: Ist die Schule eine Anstalt des Staates oder der Kirche?

Wie der westfälische Klerus sich diese Frage beantwortet, erhellt aus folgendem Satze: „Die katholische Kirche hält daran fest, daß sie den Auftrag erhalten hat, die Menschen mit Rücksicht auf ihr ewiges Ziel unter Anwendung derjenigen Mittel und nach denjenigen Grundsätzen zu erziehen, welche ihr göttlicher Stifter ihr hinterlassen hat. Auf die Ausführung dieses Auftrages kann und darf sie niemals verzichten.“ Hier ist nicht die Rede von einem auf die Ertheilung des Religionsunterrichts beschränkten Rechte, sondern die Herren nehmen für sich die gesammte Erziehung, und zwar der ganzen Menschheit, als ein von Gott ihnen verliehenes Amt in Anspruch. Der „organische Zusammenhang der Schule mit der Kirche“, d. h. die Beherrschung der erstern durch die letztere, ist, wie aus einer im Jahre 1872 erlassenen Erklärung der preußischen Bischöfe wiederholt wird, „ein der Kirche eingeborenes göttliches Recht, dessen sie sich selbst wenn sie wollte, nicht entäußern könnte.“

Man braucht den schroffen Gegensatz dieser Anschauung zu dem Geiste, in welchem der Staat Preußen das Schulwesen aufstellt, nicht erst zu kennzeichnen. Dieser Geist hat in der neuern Gesetzgebung seinen Ausdruck besonders in dem Gesetze vom 11. März 1872 über die Schulaufsicht erhalten. Begreiflich daher, daß sich gegen dieses Gesetz der Hauptsturm

der auf dem Gebiete der Schule geplanten Reaction richtet. Wie die evangelisch-lutherische Augustkonferenz ihre Kriegserklärung gegen das bisherige System mit der Forderung der Beseitigung dieses Gesetzes begann, so stellte der am 13. Aug. in Münster versammelte katholische Klerus diese Forderung an die Spitze seiner Resolutionen. Wir ändern haben immer geglaubt, daß ein Gesetz, welches, wie die vorliegende Beschwerdebüchlein sagt, die Schule derart für eine Veranstaltung des Staates erklärt, „daß die Aufsicht über dieselbe mit Ausschluß jeder andern Berechtigung lediglich im staatlichen Auftrage geführt werden solle“, daß ein solches Gesetz nur ausspreche, was sich aus dem Begriffe des heutigen Staates von selbst ergebe, was außerdem für Preußen durch Art. 23 der Verfassungs-Urkunde, der alle öffentlichen und Privatunterrichts- und Erziehungsanstalten unter die Aufsicht vom Staate ernannter Behörden stellt, noch ausdrücklich und feierlich proclamirt sei. Aber der westfälische Klerus belehrt uns, daß es sich hier lediglich um „unter dem Anstrome einer glaubenslosen, gottverlassenen Partei- richtung erlassene Maßregeln“ handle. Freilich, was den Religionsunterricht in der öffentlichen Volksschule anlangt, so bestimmt die Verfassung, derselbe solle von den betreffenden Religionsgesellschaften „geleitet“ werden. Aber niemals ist ein Zweifel darüber gewesen und hat vom rechtlichen Standpunkte aus ein Zweifel darüber sein können, daß die „Ertheilung“ des Religionsunterrichtes in der öffentlichen Volksschule nur im Auftrage des Staates geschehen könne. Aus der vorliegenden Beschwerdebüchlein indeß erfahren wir, daß diese Auffassung von Seiten der Staatsgewalt „eine schwer sündhafte Anmaßung des kirchlichen Lehramtes“ sei.

Man sieht, die Sprache der Herren Westfälischen, welche an einer andern Stelle auch in höhnischem Tone von der „sogenannten nationalen Erziehung“ reden, hat trotz der Regierungsfreundlichkeit der Centrumpartei an Redlichkeit nichts eingebüßt. Dabei nimmt es sich etwas wunderlich aus, wenn sie drohen: „Auf diese Weise ist ein Gegensatz zwischen Schule und Kirche hergestellt, welcher, wenn er andauern sollte, den Klerus zwingen müßte, die katholischen Kellern vor einem das kirchliche Leben schädigenden Einflusse der Schule zu warnen.“ Als ob die Herren dies „Warnungs“-Geschäft nicht bisher bereits gründlich betrieben hätten! Im allgemeinen haben wir es in der Beschwerdebüchlein lediglich mit altbekannten Klagen und Ansprüchen zu thun. Das Neue an der Sache ist nur, daß die Ausrufanten dem Hrn. Kultusminister v. Puttkamer ausdrücklich ihr Vertrauen aussprechen, er werde ihren Wünschen willfahren. Dies einzige Neue ist aber auch bemerkenswerth genug. Auf die Antwort des Hrn. v. Puttkamer darf man mit Recht gespannt sein.

Deutsches Reich.

Aus Berlin vom 3. Sept. berichtet man der Magdeburgerischen Zeitung: „Alexandrovo liegt zwei Meilen hinter Thorn auf russisch-polnischem Gebiete. Die Entrevue ist nach Ansicht aller von außerordentlicher Bedeutung und wird die Besorgnisse gründlich zerstreuen, die zufolge der gereizten Sprache der russischen Presse entstehen mußten. Daß Kaiser Wilhelm mit dem Zaren sich treffen würde, wurde gestern bei der Parade auf dem tempelhofer Felde bekannt; bei dem Galadiner, das nachmittags im königlichen Schlosse

Grund meiner Einkerkelung mittheilte. Mein Verbrechen bestand, dieser Mittheilung zufolge, darin, daß ich Bauerkinder unterrichtete, was nur einem Lehrer gestattet ist, und daß ich vor 15 Jahren mit Studenten in einem Kahne gefahren sei. Wegen dieses Verbrechens werde man mich über die Grenze schaffen. Aus Wjshnj-Wolotschok überführte man mich nach Petersburg, wo ich eine ganze Woche im Kerker zubrachte. Dann brachte man mich mit noch 50 andern Arrestanten nach Wilna. Von der Eisenbahnstation führte man uns spät abends in das Gefängniß und hielt uns daselbst die ganze Nacht hindurch im strömenden Regen im Gefängnißhof unter freiem Himmel. Am nächsten Tage führte man uns in einen vollständig finstern Corridor und begann uns daselbst zu visitiren. Wir Frauen wurden ebenfalls von Gensdarmen visitirt, die sich mit uns die größten Schändlichkeiten erlaubten. Protestirte dagegen eine der Frauen, so wurde dieselbe blutig geschlagen und mit den Füßen getreten. Unter allgemeinem Gelächter und dem Spotte der Soldaten dauerte die Visitation mehrere Stunden. Ich fiel in Ohnmacht; als ich wieder zur Besinnung kam, lag ich zwischen zwei herabgekommenen Frauenzimmern, die mich zu trösten suchten und die wegen Diebstahls eingesperrt waren.

Nun wurden wir an den Händen gefesselt und nach Rowno gebracht. Im Rownoer Frauenkerker empfing uns die Gefängnißaufseherin Pawlowna, die uns allen die Zähne einzuschlagen drohte, wenn wir wagen sollten, im Gefängniß etwas zu lesen oder zu schreiben. Hier saß ich zwischen lauter Verbrechern, Mördern und Dieben durch eine ganze Woche. Man gab uns fast

nichts zu essen. Infolge des Hungers wurde ich endlich unwohl. Eine der Arrestantinnen gab mir ein Stückchen Brot, da stürzte die Aufseherin herbei und überhäufte mich mit Schimpfworten, wie man sie nicht einmal von einem Verurtheilten hört. Nach Verlauf einer Woche wurden wir gefesselt und aus Rowno zu Fuß weiter geführt. Ich erklärte den Führern, daß ich nicht weiter gehen könne, worauf mir letztere erwiderten: „Wir werden dich treiben, Hündin!“ Nach drei Tagemärschen erreichten wir Mariampol; meine Füße waren voll von Wunden, in meinen Schuhen floß Blut. Ich wurde zum Stationschef geführt, welchem ich mein Leid klagte. Darauf erwiderte derselbe: „Bist drei Tage gegangen, wirst auch den vierten aushalten!“ Am vierten Tage brachte man uns nach Wolowyski, von wo man uns über die Grenze nach Preußen schaffen sollte. Indessen sperrte man uns hier, Männer und Frauen, in Einen Arrest zusammen. Da gab es keine Bank, keinen Stuhl, ja nicht einmal ein wenig Stroh. Wir lagen alle auf der schmutzigen Erde. Der Gestank und das Ungeziefer waren unerträglich. ... In der Nacht warf man zu uns alle auf der Gasse ergriffenen öffentlichen Dirnen, Betrunkene, Diebe, selbst einen ganz nackten Irrensinigen. Die Arrestanten reizten den Wahnsinnigen, der sich dann mit Schaum im Munde auf alle warf und schredlich um sich schlug. ...“

Es mußte der Vielgequälten doch gelungen sein, an den General Gurko eine Bitte um Befreiung aus ihrer schredlichen Lage gelangen zu lassen, denn es erhielt der Gefängnißaufseher den Befehl, sie sofort über die preußische Grenze zu schaffen. In Czudkühnen wurde

sie an die preußische Polizei ausgeliefert, die sie sofort freiließ. Sie reiste nach Paris und von dort nach Genf.

Leipziger Stadttheater.

Leipzig, 3. Sept. Wie in seinem vorjährigen Gastspiel, so spielte Hr. Karl Sontag auch diesmal und zwar vorgestern im Neuen Theater den Hauseigentümer Pochmann aus Dresden in dem sinnactigen Schwanke „Große Kinder oder unsere Herren Aerzte“ von Eugen Rattenbach. Obgleich Hr. Sontag all die „berechtigten Eigentümlichkeiten“ dieses dreidener Philistens ohne jede Uebertreibung und doch mit packendster Natürlichkeit zur Geltung brachte, so blieb das Publikum doch ziemlich gleichgültig, eine Gleichgültigkeit, die selbstverständlich nur auf Kosten des langweiligen Stüdes selbst zu setzen ist, welches nur Eines wahr und wirksam gezeichneten Charakter, eben Pochmann, hat, während alle andern Personen diesem nur zur Folie dienen müssen. Gegenüber der vorjährigen Besetzung waren nur der Professor Holm (Hr. Conrab), Bocher (Hr. Sommerstorf), Frau Holm (Frau Western), Ida (Fr. Pider) und Sophie (Fr. Keincken) neu, welche genügten.

Mit glücklichem Griffe, zumal in Anwesenheit des Hrn. Karl Sontag, brachte die Direction zur Feier des Sedantages den „Königslieutenant“ von Karl Suplow zur Aufführung, ein Drama, dessen patriotischer Inhalt der Bedeutung des Tages und der Stimmung des Publikums vollständig entsprechen mußte. Die der Vorstellung vorausgehende, kraftvoll durchgeführte Wiedergabe des „Kaisermarsches“ von Richard

Wagner, der ursprünglich hinter Thorn getroffen.

In einer heist es: beiden Kaiser Wi ein lebhafter dem Feldm übermittelte der zu einer auf dessen F dazu sind f daß das G Kunde von mit besond mit Kaiser wird trotz es hier mit Tragweite erschein die tischen Cha zu stellen Bruch mit besorgte, w zu beunruh Die R kunft: „Ea der Mission sammenhan auffallende nahe besreu auf wenige einander n auf russisch Gründe de sehr unger Zusammen ergibt sich sammentun Verhältniß müssen. A tärtsche. Zeitung all an der Mi so weit ge daß die G mittelbare führen ist kunft auf b jedenfalls j lagen der wegs ersch

— Unter finden wir einen aus tikel, der hezung von Kriegsmi ten“, heißt fellos, daß ihm die Litischen A wärtige P selbst in

Wagner, die Wirkung i

Ueber und über viel gefagt überflüssig dasselbe ni hdt und t terifizung Interessess so hervortre gang Soe

Begügt weg sagen, Hrn. Son Beispielwe Gast, der verfügt u leistet, sche alle die F wiederzuge Sprache u bisweilen Ggentheil rane, eines dem schon Sprachlern rade das t ralter Tho des zweiten zum Ausdr seiner wirt

Kattand, erzählte der Kaiser selbst, daß er früher, als ursprünglich bestimmt, von hier abreisen würde, um hinter Thron mit dem russischen Kaiser zusammenzutreffen.

In einer Berliner Correspondenz desselben Blattes heißt es: „Der Beschluß zu der Zusammenkunft der beiden Kaiser ist kaum 24 Stunden vor Abreise des Kaisers Wilhelm gefaßt worden. Am Montag fand ein lebhafter Depeschenwechsel zwischen dem Kaiser und dem Feldmarschall v. Manteuffel statt. Der letztere übermittelte die dringende Einladung des Kaisers Alexander zu einer Begrüßung unsers Kaisers an der Grenze auf dessen Reise nach Königsberg. Die Vorbereitungen dazu sind so geräuschlos und heimlich betrieben worden, daß das Gesehe des Kaisers erst gestern Nachmittag Kunde von der Reise erhalten hat. Wenn nun auch mit besonderer Betonung sofort gemeldet wird, daß der Kaiser nur mit militärischem Gefolge reist, so wird trotz alledem niemand glauben wollen, daß man es hier mit einem Ereigniß ohne erhebliche politische Tragweite zu thun habe. Gegenüber diesen Vorgängen erscheint die officiöse Ungeheuerlichkeit, welche den politischen Charakter der Mission Manteuffel's in Abrede zu stellen sucht, erst in ihrem vollen Lichte. Ein Bruch mit Rußland, wie man ihn bislang vielfach besorgte, wird für jetzt wol die Gemüther nicht weiter zu beunruhigen brauchen.“

Die National-Zeitung sagt über diese Zusammenkunft: „Es liegt sehr nahe, diese Zusammenkunft mit der Mission des Feldmarschalls v. Manteuffel in Zusammenhang zu bringen. Doch wäre es jedenfalls eine auffallende Thatsache geblieben, wenn die beiden so nahe befreundeten Kaiser an den Grenzen ihrer Reiche auf wenige Eisenbahnstunden Entfernung sich befindend einander nicht begrüßt hätten. Die Begrüßung findet auf russischem Boden statt, wie es die oberschwebenden Gründe der Courtoisie wohl nahe legen. Es wäre sehr ungerechtfertigt, die politische Bedeutung dieser Zusammenkunft leugnen zu wollen; diese Bedeutung ergibt sich schon daraus, daß ein Unterbleiben der Zusammenkunft auf ein Erkalten selbst der persönlichen Verhältnisse der beiden Kaiser hätte schließen lassen müssen. Die Begleitung der Kaiser ist eine rein militärische. Das Démenti der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung über die Beteiligung des Fürsten Bismarck an der Mission des Feldmarschalls v. Manteuffel legt, so weit gefaßt dasselbe auch ist, die Unterstellung nahe, daß die Gestaltung dieser Zusammenkunft auf die unmittelbare Initiative der beiden Souveräne zurückzuführen ist. Wir warten ab, wie weit diese Zusammenkunft auf die unmittelbare Tagespolitik einwirken wird; jedenfalls zeigt sie in erfreulicher Weise, daß die Grundlagen der Beziehungen der beiden Reiche noch keineswegs erschüttert sind.“

— Unter dem Titel „Deutschland und Rußland“ finden wir in der ausgburger Allgemeinen Zeitung einen aus Süddeutschland vom 31. Aug. datirten Artikel, der die Schuld an der officiös russischen Verhegung von dem Fürsten Gortschakow ab und auf den Kriegsminister Wisjutin zu wälzen sucht. „Wir halten“, heißt es in dem betreffenden Artikel, „für zweifellos, daß man dem Fürsten unrecht thut, wenn man ihm die Verstimlungen und Verhegungen der politischen Kreise Rußlands schuld gibt. Für die auswärtige Politik Rußlands ist neben dem Monarchen selbst in den letzten Jahren überhaupt ein anderer

ministerieller Einfluß nicht erkennbar gewesen als der des Kriegsministers Wisjutin. Neben demselben haben zeitweise die Grafen Schumalow und Ignatiew sowie Fürst Lobanow ihren gelegentlichen Einfluß üben können. Stationär ist nur der des Kriegsministers geblieben, welcher den Kaiser auf allen Reisen begleitet und allein in regelmäßigem mündlichen Vortragverkehr, wie man sagt, auch über Gegenstände anderer Ressorts mit dem Kaiser steht. Die Abneigung des Kriegsministers Wisjutin gegen die deutsche Nationalität ist bekannt; sie war zunächst gegen die baltischen Deutschen in Rußland und deren Einfluß gerichtet, ist aber zu einem politischen Axiom der ganzen germanischen Rasse gegenüber geworden. Die Hezereien gegen Deutschland treten am schärfsten in den Blättern auf, welche dem Kriegsminister ihre Spalten privatim zur Verfügung stellen; das bedeutendste darunter ist der Golos. Den prägnantesten Ausdruck findet die Politik des Ministers Wisjutin aber in der Friedensaufstellung der russischen Armee, welche schon vor dem türkischen Kriege so eingerichtet war, wie sie zur Vorbereitung eines Krieges gegen Deutschland oder Oesterreich erforderlich ist. Dieselben und analoge Aufstellungen sind nach dem Frieden von den Truppen wieder eingenommen worden. Dabei ist der Kriegsminister weit entfernt gewesen, nach den Opfern des Türkenkrieges Ersparnisse an Geld und Menschen ins Auge zu fassen. Unmittelbar nach dem Frieden ist der Friedensetat des russischen Heeres um beinahe 60000 Mann erhöht worden, und diese Erhöhung ermöglicht für den Kriegsfall eine Verstärkung des mobilen russischen Heeres auf dem westlichen Kriegsschauplatz von etwa 400000 Mann. Diese Steigerung um den Betrag des gesammten preussischen Heeres von vor 1860 wird heute gewiß noch zum großen Theile nur auf dem Papiere vorhanden sein.“

Die Neue Preussische Zeitung weist die Beschuldigungen der russischen Presse gegen Deutschland zurück, und bezeichnet zugleich die russischen Bestrebungen, Konstantinopel in den Besitz Rußlands zu bringen, als Phantasie. „Es gibt“, sagt sie, „der Abenteuerer genug, welche den Träumereien von einer providentiellen Mission Rußlands, die sich zugleich auf das Abendland und auf das Morgenland erstreckt, Vorschub leisten; aber ernsthaftere Staatsmänner können solche Träumereien nicht zur Voraussetzung oder zum Inhalt ihrer Combinationen machen, und selbst jene Freunde des politischen Abenteuers hätten alle Ursache, der ungeheuren Opfer zu gedenken, welche der letzte Krieg gekostet hat, sowie der Pflicht, durch die innere Entwickelung Ersatz dafür zu finden; statt daß sie diese Opfer zum Vorwande nehmen, um neue Verwickelungen herbeizuführen. Rußland hätte nicht an den Balkan gelangen können, außer unter dem Schutze des Dreikaiser-Verhältnisses; aber von keiner Macht Europas hatte es die Zusicherung erhalten, daß die europäischen Interessen an die russischen Siegesbedingungen abdicirt werden würden. Rußland hat also keinen Grund zum Hass gegen Deutschland, und die Aeußerungen des Groles können nicht aus dem Verhältniß der realen Interessen Rußlands kommen; er kommt lediglich Demagogen zu statten. Nun können wir uns zwar vorstellen, daß ein Staatsmann bei Verfolgung realer Ziele sich der demagogischen Mittel bedienen kann; niemals aber glauben wir, daß es einem Staate frommen kann, der Demagogie die Fägel schießen zu lassen,

bevor das Ziel feststeht, wohin man gelangen will — und kann.

— Die Provinzial-Correspondenz sagt in einem Artikel über die Feier des 2. September: „Der große Erinnerungstag des 2. September ist auch bei seiner neunten Wiederkehr, soviel aus den bereits vorliegenden Meldungen zu ersehen, im Vaterlande allerorten mit der herzlichsten Freude begangen worden, welche die Bergegenwärtigung eines köstlichen Bestes dem Gemüthe einflößt. Mehr und mehr läutert sich der Gedanke dieser Feier zu dem Bewußtsein, daß in derselben das Gefühl der Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes zum Ausdruck kommt. Dieses Gefühl war längst lebendig, ehe noch die politische Einigung des Vaterlandes vollzogen worden. Es war der Boden, dem diese Einigung ersprießen mußte. Nachdem das Band des gemeinsamen Staatswesens dem gespaltenen Volke das Recht gegeben, als Nation zu leben und zu fühlen, schätzt das Volk nicht nur den Werth dieses Gutes, welches die Selbstständigkeit des geistigen Lebens verbürgt, das deutsche Volk erkennt auch die gebieterische Deutlichkeit der hohen Pflicht, dieses ihm vor allen theueren Gut zu bewahren und zu pflegen. Von der Lebhaftigkeit dieser Erkenntniß hat die diesmalige Feier des 2. September wiederum ein laut redendes Zeugniß gegeben. Mag die Oberfläche des öffentlichen Lebens durch Parteizungen und Interessen augenblicklich gerissen scheinen, diese Zerrissenheit berührt nicht die Tiefe des Volksgemüthes, welches gegen eine solche Meinung am gestrigen Tage feierliche Verwahrung eingelegt hat.“

— Unter der Ueberschrift „Officiöse Drake“ veröffentlicht der Schwäbische Merkur folgende Correspondenz aus Berlin vom 29. Aug.: „Die Provinzial-Correspondenz fährt unermüdet in der bisherigen kleinlich-unerquidlichen Weise fort, mit einzelnen Parteiorganen um allgemeine Redewendungen sich herumzuzanken, die einer klaren Anschauung der gegenwärtigen und zukünftigen Regierungspolitik nicht um einen Schritt näher bringen. Das halbamtliche Organ findet in der bisherigen national-liberalen Partei das Material zu einer brauchbaren Mittelpartei, wenn es ihr nur gelinge, sich von ihren bisherigen »fortschrittlichen« Führern freizumachen; aber um diese Scheidung zu erleichtern, weiß die Provinzial-Correspondenz immer noch keinen andern Hebel anzufassen als die Zauberformel vom »Schutz der nationalen Arbeit«, ohne den Schatten einer Andeutung, wie diese dazu verhelfen soll, die einer preussischen Landesvertretung doch zunächstliegenden Probleme der kirchen- und schulpolitischen Fragen, der Verwaltungsreform, der preussischen Finanzreform zu lösen. Um die völlige Inhaltlosigkeit und darum auch völlige Unfruchtbarkeit dieses wöchentlichen Wahlgerebes einzusehen, versetze man sich doch nur um ein gutes Jahr in den damaligen Wahlkampf zurück. Wir hatten einen Finanzminister, der mit fester Hand und klar umgrenztem Programm die Finanzreform für Preußen und das Reich zugleich in Angriff genommen hatte — was damals die Provinzial-Correspondenz über dieses Programm in die Deffentlichkeit brachte, bildet heute noch das einzig solide Fundament für die in Preußen mit Hilfe der inzwischen gesicherten Mehreinnahmen des Reiches durchführbaren Maßregeln zu Gunsten der am meisten gedrückten Steuerzahler. Als uns vor einiger Zeit die Provinzial-Correspondenz sehr kühl darüber belehrte, daß Hr. Fobrecht aus seinem Amte geschieden sei,

Wagner, dessen rhythmische Schönheit von unmittelbarer Wirkung ist, leitete den Abend weisevoll ein.

Ueber den „Königsleutnant“, über die Vorzüge und über die Schwächen dieses Stüdes ist schon so viel gesagt worden, daß ein näheres Eingehen hier überflüssig wäre. So viel ist wol unbestritten, daß dasselbe nicht zu den besten Dramen Gutzkow's gehört und daß das Abstrahlende besonders in der Charakterisierung des jungen Goethe und die Spaltung des Interesses durch Gegenüberstellung zweier im Stüde so hervorragender Charaktere, wie Thorane und Wolfgang Goethe, dem Ganzen Eintrag thut.

Bezüglich der Darstellung wollen wir gleich vorweg sagen, daß uns die Wiedergabe des Thorane durch Hr. Sontag nicht in dem Maße zugesagt hat wie beispielweise die Friedrich Haase's. Der geschätzte Gast, der über ein so gestaltungreiches Repertoire verfügt und besonders im Lustspiel Hervorragendes leistet, scheint für eine Partie wie Thorane doch nicht alle die Farben zu besitzen, welche gerade diese schwerwiederzugebende Rolle erheischt. Wo Hr. Sontag in Sprache und Spiel kraftvoll vorgehen kann, da ist er bisweilen von zündender Wirkung; aber das gerade Gegentheil hiervon verlangt die Wiedergabe des Thorane, eines schwermüthigen, nervös gereizten Mannes, dem schon das äußerliche Moment, die mangelhafte Sprachkenntniß eine gewisse Reserve auferlegt, und gerade das Weiche, Elegische in dem Charakter Thorane's, wie es beispielweise am Schlusse des zweiten Actes zu Tage tritt, muß der Darsteller zum Ausdruck bringen, wenn er diesen Charakter in seiner wirkungsvollen Seite wiedergeben will. Im-

merhin war die Auffassung Karl Sontag's interessant, und in manchen Scenen wie in der Unterredung mit Nath Goethe von großer Wirkung.

Hr. Tullinger wurde ihrer Aufgabe als junger Goethe im ganzen gerecht, obgleich sie ihrem Vortrage bisweilen etwas mehr Bedeutung hätte geben können. Hr. Pettera und Frau Senger als die Aeltern Goethe's, Hr. Löwe als Wittler, Hr. Broda und Frau Epitheber als das Seeberg'sche Ehepaar waren gut; recht flott und munter spielte Hr. Reineden die Gretel, während Hr. Eichenwald den Mack etwas stiefmütterlich behandelte und das komische Element desselben etwas mehr hätte markiren dürfen.

Wir veröffentlichten dieser Tage einen Brief, welchen der Afrikareisende Dr. Stecker an den Professor Hofrath v. Hochstetter in Wien von der Dase Batifal aus gerichtet hat. Prager Blätter theilen nun einen Brief Stecker's, ebenfalls von Batifal datirt und an seine prager Anverwandten gerichtet, mit. Das Schreiben lautet:

„Dase Batifal, 28. Juli 1879. Wenn ich nicht irre, habe ich Ihnen zuletzt aus Bengasi geschrieben. Heute theile ich Ihnen mit, daß wir Bengasi verlassen und uns nach Kumbija begeben haben, woher wir vor einigen Tagen die Dase Batifal, wo ich diese Zeilen schreibe, erreicht haben. Morgen treten wir die Weiterreise nach Kufra an und hoffen im October in Wadai einzutreffen. Mein Gesundheitszustand ist jetzt befriedigend. Von Zeit zu Zeit stellt sich wol noch Fieber oder Durchfall ein, im ganzen kann ich mich jedoch nicht beklagen. Die Götter wissen aber, wie es mir in dieser Beziehung in Suban ergehen wird. Dr. Rohlf's wird uns in Kufra oder erst in Wadai verlassen, worauf ich wahrscheinlich allein die Weiterreise gegen den Aequator und nach Congo antreten werde. Da wir uns längere Zeit in Wadai werden aufhalten müssen, so glaube ich, etwa in zwei Jahren meine Reise zu beenden. Es ist

mir vom Herzen leid, daß uns Dr. Rohlf's verlassen wird, verübeln kann ich es ihm aber nicht, da er in Europa eine junge, liebenswürdige Frau hat. Welche Beschwerden wir in Bengasi überwinden mußten, wissen Sie. Ich wendete mich schließlich telegraphisch an den deutschen Botschafter in Konstantinopel, den Grafen Dagsfeld. Dieser nahm sich unserer Sache energisch an, und der neue Gouverneur von Bengasi erhielt von der Pforte die Weisung, uns nach Möglichkeit zu unterstützen. Infolge dessen hat die Sache eine ganz andere Wendung genommen und wir haben unser Ziel glücklich erreicht. Die diesige Bevölkerung ist ungemein fanatisch. Es sind Anhänger der Sekte Senufi, einer religiösen Bruderschaft, welche im ganzen nordöstlichen Afrika Wurzel gefaßt hat. Christ und Hund ist für sie gleichbedeutend. Erst infolge strengen Auftrags des Sultans gehorchten sie und erlaubten uns, den geheiligten Boden von Kufra zu betreten. Nach Wadai begleiten uns Araber vom Stamme Sullia. Für dieses Geleite mußten wir 1500 Maria-Theresia-Thaler zahlen.“

— Aus Kopenhagen vom 1. Sept. wird den Hamburger Nachrichten geschrieben: „Der Untergang des Dampfschiffes A. E. Nordenstjöld bei Nemora in Japan wird durch ein in Malmö eingetroffenes Telegramm bestätigt. Ebenso wird bestätigt, daß die Mannschaft, unter welcher sich mehrere Leute aus Malmö befanden, gerettet worden ist. A. E. Nordenstjöld, welches auf der Kodum'schen Werft in Malmö für Rechnung des Russen Sibiriatow erbaut wurde, ging von dort am 13. Mai ab, kam am 1. Aug. in Jotshama an und war am 4. Aug. von dort wieder abgegangen, um die Reise nach der Beringsstraße und dem Eismeere fortzusetzen.“

— Am 25. Aug. starb in Worms Dr. Friedrich Eich, welcher seinerzeit als Vicepräsident des Luther-Denkmalvereins namentlich für die Ausführung des großen Luther-Denkmals in seiner Vaterstadt in umfassender Weise gewirkt hat.

weil er über die Weiterführung der Finanzreform mit dem Fürsten Bismarck nicht mehr völlig im Einklang war, haben wir wenigstens nicht gehört, daß der Finanzminister es war, welcher den in den eigenen Spalten des halbamtlichen Organs niedergelegten Grundzügen untreu geworden. Heute sehen wir an der Stelle einer verträglichem wachsenden Persönlichkeit zwei unbekannte Größen, deren gegenseitiges Verhältnis ganz im Unklaren liegt, und über deren Absichten die Provinzial-Correspondenz noch nicht das mindeste verrathen hat. Vor dem Jahre hatten wir an den Ministern Hübner und Friedenthal zuverlässige Bürgschaft, daß bei der angebahnten Wirthschaftsreform die agrarischen und andern Interessenbäume nicht in den Himmel wachsen würden; worin kann heute die Provinzial-Correspondenz für solche Bürgschaft bieten? Erhalten wir doch über weitere Projekte auf diesem Felde, heispielsweise in Betreff des Münzsystems, überallher, und wäre es aus Amerika, eher Aufschluß als in den Spalten des halbamtlichen Organs. Vor dem Jahre standen wir bezüglich der Verwaltungsreform noch unter dem frischen Einbrude der wenigen Monate zuvor vom Minister Dr. Friedenthal im Namen des Staatsministeriums abgegebenen Erklärungen; inzwischen hat sich der Bestand dieses Ministeriums wesentlich verändert, die Provinzial-Correspondenz aber hat noch nicht das mindeste darüber zu melden gewußt, was seit anderthalb Jahren auf diesem Gebiete im Ministerium des Innern gearbeitet worden ist, um dem binnen zwei Monaten zusammenkommenden Landtage vorgelegt zu werden. Vor dem Jahre endlich stand die Kirchen- und Schulpolitik in einer Hand, zu welcher alle gemäßigten Elemente das unbedingtste Vertrauen hatten, der heutige Erbe des Ressorts hat uns nur versichert, daß er nicht in allen wesentlichen Punkten mit seinem Vorgänger übereinstimme, ohne daß wir irgendwas Bestimmtes darüber erfahren, welches diese Punkte sind und wie sich der neue Cultusminister positiv zu den Gelästen der eben hier versammelt gewesenen Kirchenpartei und ähnlichen Bestrebungen verhalten wird, die ohne Zweifel in der über die Wahlen hinausgelegten Generalversammlung hervortreten werden. Nach alledem mag sich die Provinzial-Correspondenz die Rechnung aufmachen, ob die trüben Gewässer solcher Ungewißheit in allen augenblicklich praktischen öffentlichen Angelegenheiten dazu angethan sind, um mit mehr als der Angst von der „nationalen Arbeit“ nach Elementen zu einer liberalen Mittelpartei zu fischen.“

— Bezüglich der Sistrung der Silberverkäufe und einer umfangreichen Circulation des Silbers wird jetzt bekannt, daß, abgesehen von den zur Einziehung bestimmten älteren Jahrgängen der Silbermünzen, ziemlich alles bis dahin zurückgehaltene Silber wieder in Umlauf gesetzt ist. Hierbei soll es aber sein Bewenden haben. Die Reichsregierung hebt ausdrücklich hervor, daß sie dies Verfahren bei Berathung des Münzgesetzes bereits sich vorbehalten habe, daß im übrigen aber eine Aenderung der Münzgesetzgebung auch jetzt durchaus nicht beabsichtigt sei.

— In Sachen des Bauplazes für das neue Reichstagsgebäude hat nach Mittheilung der „Tribüne“ der berliner Architektenverein an den Bundesrath folgende Eingabe gerichtet:

Berlin, 6. Aug. 1879. Der Architektenverein zu Berlin ist den Verhandlungen über die Erwerbung eines geeigneten Bauplazes für den Neubau eines Reichstagsgebäudes jederzeit mit lebhaftem Interesse gefolgt, und hat sich bereits unterm 6. Febr. 1876 bezüglich des sogenannten Kleinen Königsplatzes in einem Schreiben an das Präsidium des Deutschen Reichstages dahin ausgesprochen, daß, wenn überhaupt am Königsplatz gebaut werden sollte, dieser Platz als der geeignetste erscheine. Gegenüber dem in der letzten Sitzungsperiode dem Reichstage vorgelegten Gesetzentwurf betreffend die Erwerbung eines Bauplazes an der Sommerstraße hat der Verein geglaubt, mit seiner entgegenstehenden Ansicht zurückhalten zu sollen; durch den Reichstagsbeschluß vom 10. Juli ist indessen eine abermalige Erörterung dieses Gegenstandes in der letzten Hauptversammlung des Vereins veranlaßt worden. Nach eingehender Berathung ist durch Beschluß einer überwiegenden Majorität festgestellt worden, daß die Kundgebung vom 6. Febr. 1876 noch heute der Ansicht des Vereins entspricht. Der Vorstand des Vereins beehrt sich, dem hohen Bundesrathe hiervon Mittheilung zu machen in der Hoffnung, daß die Erwerbung des sogenannten Kleinen Königsplatzes etwa entgegenstehenden Schwierigkeiten zu beseitigen sein werden. Der Vorstand des Architektenvereins.

Preußen. Die Fortschrittliche Correspondenz bemerkt in einer Besprechung der Beziehung der National-Liberalen und Fortschrittspartei, es sei „die erfreuliche Thatsache zu constatiren, daß zwischen der Fortschrittspartei und dem sogenannten Laosfordenbed'schen Flügel der National-Liberalen eine ganze Reihe von Verhandlungen in der Richtung eingeleitet sei, daß in allen zweifelhaften Wahlkreisen, da es sich wenigstens in den altpreussischen Wahlkreisen in der Regel um die Wahl von zwei Abgeordneten handle, National-Liberale und Fortschrittspartei je einen Candidaten aufstellen. Es sei Aussicht vorhanden, daß eine Vereinbarung in diesem Sinne zum Abschluß gelange, wobei ein Ausschluß aller dem rechten Flügel der national-liberalen Partei angehörenden Candidaten

als selbstverständlich gelte. Das fortschrittliche Centralwahlcomité werde demnächst die Mehrzahl der Kreise, in denen die Fortschrittspartei und die National-Liberalen Hand in Hand gehen, und ebenso diejenigen Kreise, in welchen es voransichtlich zu einem lebhaften Kampfe zwischen den wirklich Liberalen einerseits und den mit den Conservativen verbündeten abgefallenen National-Liberalen andererseits kommen werde, zur allgemeinen Kenntniß bringen.“

Thüringische Staaten. J Eisenach, 2. Sept. Auf die Adresse, welche der Deutsche Journalistentag an Frau Dr. Reuter gerichtet, ist folgende Antwort ergangen: „Den allerherzlichsten Dank für die große, mir in meinem seligen Frig erwiesene Liebe und Güte möchte ich dem verehrten Vereine hierdurch ausdrücken. Hochachtungsvoll gez. Luise Reuter, geb. Kunze.“ — Zur Feier des Sedantages ist die Stadt reich besetzt, vormittags wurde Festgottesdienst in Kirche und Synagoge und Festactus in allen Schulen gehalten; das Schießen von den Bergen dauert den ganzen Tag. Gegen Abend findet Festzug nach dem Marienthal, dann Fackelzug und Festcomers statt. — Landtagspräsident Dr. Fries erklärt die von der Jenaeer Zeitung ausgegangene Nachricht, daß er ein Landtagsmandat nicht wieder annehmen wolle, für erfunden.

3 Gera, 3. Sept. Das Sedanfeste ist in sonst üblicher Weise hier feierlich begangen worden. Der Festzug war bedeutend zahlreicher als im letzten Jahre, indem sämtliche Schulen mit ihren Lehrercolliegen theilnahmen. Auch ein öffentlicher Gottesdienst ist wieder abgehalten worden. Eine unzählbare Menschenmenge wogte auf dem großen Festplatze; alle Stände waren vertreten, es galt ja einem allgemeinen Volksfeste. Selbst die hier noch anwesende Fürstin-Mutter weilte unter den Festgenossen eine ganze Stunde und bewegte sich in freundlichster Weise unter dem Publicum, das ihre Anwesenheit hoch und freudig aufnahm. So hat Gera wie immer bewiesen, daß es echt patriotischen Sinn hat und treu zu Kaiser und Reich steht. — Der Landtag erledigt seine Arbeiten in rascher Weise. Der neue Justizetat ist unbeanstandet genehmigt worden. Auch der größte Theil der Justizgesetze ist bereits herathen und angenommen. Beanttragt ist der Bau einer Eisenbahn unter Benutzung eines Theiles der Weidau-Nachbaurer Bahn über Zeulenroda, Schleiz und Hirschberg nach Hof, ebenso der Bau einer Secundärbahn von Lobenstein zum Anschluß an die von Baiern beschlossene Eisenbahn Eichicht-Stedheim.

Österreich - Ungarn.

Die „Presse“ widmet dem Besuche des Fürsten von Montenegro eine längere Betrachtung, der wir Folgendes entnehmen: „Der Besuch des Fürsten am österreichischen Kaiserhofe hat vor allem den Zweck, den Dank des Fürsten für die mannichfaltige Unterstützung, welche dem Oesterreich benachbarten Fürstenthume in den letzten, für dasselbe so schweren Jahren geworden ist, darzutun. Niemand weiß besser als der Fürst und sein vertrauter Wojwodenrath, wie verhängnisvoll in gewissen Phasen des Krieges die Lage der Czernagora gewesen und wie sehr das Wohlwollen des mächtigen Nachbarn dazu beigetragen hat, daß die harte Bedrängniß eine für das Volk der Schwarzen Berge so glorreiche Wendung nehmen konnte. Daß schließlich die Früchte der blutig erkaufenen Siege Montenegro auf dem Berliner Congreß gesichert wurden, ist ebenfalls der wohlwollenden Haltung der österreichischen Diplomatie zu danken. Man war am montenegrinischen Fürstenhofe und im Rathe der Wojwoden viel zu wenig ideologisch, um auf die panslawistischen Forderungen, die von russischer Seite seit Jahr und Tag um die Czernagorzen gerichtet worden, blindlings einzugehen. Man hatte stets ein viel zu richtiges Verstandniß für die factischen Machtverhältnisse, unter deren Bann Montenegro vermöge seiner geographischen Lage nun einmal steht, um nicht das Hauptgewicht in erster Linie und vor allem auf die im entscheidenden Moment stets bewährte Freundschaft Oesterreichs zu legen, wenn man auch für die materiellen Subventionen aus dem russischen Schatze niemals unempfindlich gewesen. Rußland hat sich in Montenegro einen Vorposten erhalten wollen, mit dessen Hilfe es immer wieder die Türkei beunruhigen und im geeigneten Moment eine orientalische Frage aufwerfen konnte. So haben denn auch Emigranten, die aus Montenegro zurückgekehrt sind, bekanntlich im Rarentathal die ersten Schüsse abgefeuert, durch welche die gewaltige Lavine in Bewegung gesetzt wurde, die erst an den Mauern Konstantinopels sich gestaut und die türkische Herrschaft bis an den Küstensaum des Aegäischen Meeres zurückgestoßen hat. Nach Abschluß des Krieges sollte Montenegro der Ignatiow'schen Diplomatie dieselben Dienste wie früher gegen die Pforte, nun gegen Oesterreich leisten. Es erhielt im Frieden von San-Stefano ein Gebiet zugebacht, welches, wenn es in den Vollbesitz des Fürstenthums gelangt wäre, dieses in die Lage versetzt hätte, gemeinsam mit Serbien Oesterreich den Weg nach dem Säden

zu verlegen. In Montenegro durchschaute man sofort den russischen Plan und blieb — die Feinzeit hier, aber in der „Presse“ veröffentlichten Briefe aus Cetinje geben darüber eingehenden Aufschluß — dem gleichenden Danaergeschenke gegenüber sehr unempfindlich. Man hatte während des Krieges nur zu wohl erfahren, daß in entscheidenden Momenten der Jar weit fern wohnt, Oesterreich aber, zur Hilfe wie zur Abwehr gerüstet, in unmittelbarer Nachbarschaft. Diese unmittelbare Nachbarschaft ist durch den Berliner Vertrag in einer Weise ausgedehnt worden, daß das heutige Montenegro mit seinen erweiterten Grenzen so gut wie eine halbe Enclave Oesterreichs geworden ist. Wenn die Besetzung des Sandshafs eine vollendete Thatsache sein wird, hat Montenegro, da auch seine Meeresküste und seine Marine unter österreichischer Protection und unter österreichischer Seepolizei steht, nur mehr im Säden eine andere Grenzschutzschicht. Dort, auf nominell türkischem Boden, wohnen aber die kriegerischen Albanesenstämme, welche eine unübersteigbare Vornauer gegen weitere kriegerische Unternehmungen der Czernagorzen gegen osmanisches Gebiet bilden. Montenegro hat in seiner erweiterten Grenze die Bedingung einer gesunden wirthschaftlichen Entwicklung erhalten; es ist eingetreten in die Reihe der anerkannt souveränen Staaten. Es hat aber auch aufgehört, ein Vorposten Rußlands zu sein. Jeder Versuch, den die panslawistische Propaganda machen wollte, um die Czernagora wieder für ihre Zwecke in Bewegung zu setzen, wäre gegen Oesterreich gerichtet und würde in Cetinje an der klaren Erkenntniß scheitern, daß das Fürstenthum jetzt vollständig im Machtbereich unserer Monarchie liegt.“

Gelegentlich der Schilderung der Empfangsfeierlichkeiten schreibt die „Presse“: „Der Fürst und seine Begleiter trugen montenegrinische Kleidung, den weißen Leibrock mit Goldknöpfen, darüber eine knappe gileartige Jade von dunkelrothem Tuch mit schwarzer Stickerei, die rothe montenegrinische Kappe mit Goldstickerei an der Decke und schwarzem Ueberzug am Rande, schwarze Pumphosen und hohe Stiefel, um den Leib geschlungene prachtvolle Shawls. Die Waffen, die sonst im Gürtel nie fehlen, trug diesmal der Waffenträger, der der einzige Diener zu sein scheint, den sie mitgenommen haben. Der Anzug des Fürsten unterschied sich dadurch wesentlich von dem seines Gefolges, daß er eine prachtvolle Diamantengraffe an der Taille trug, und daß seine Brust mit Orden bedeckt war, unter denen das Großkreuz des österreichischen Leopold-Ordens den ersten Platz einnahm. Allein auch seine Erscheinung sprach sehr von der seines Gefolges ab. Er ist eine kräftige hochgewachsene Mannesgestalt mit ausdrucksvollen Gesichtszügen und blühenden Augen. Er tritt mit vollem Bewußtsein eines souveränen Fürsten auf, bemüht sich aber augenscheinlich, eine recht freundliche Miene anzunehmen.“

— Ueber die deutsch-russischen Beziehungen bemerkt die Neue Freie Presse, daß der Glaube an die russisch-deutsche Freundschaft erschüttert sei und in alter Stärke niemals wieder auflieben werde. „Wir betrachten“, fügt das Blatt hinzu, „dies keineswegs als ein Unglück, denn diese russisch-deutsche Freundschaft hat geringen Segen auf der Welt gesiftet. Wir freuen uns im Gegentheil, daß es offenbar Oesterreich ist, um dessentwillen jenes Verhältnis sich lockerte. Indem Deutschland sich dafür entschied, die moskowitzischen Präntensionen nur bis zu dem Punkte zu unterstützen, wo durch dieselben das Interesse Oesterreichs geschädigt zu werden drohte, zeigte es nicht bloß, daß ihm unser Bündniß werthvoller sei als das russische, sondern es manifestirte gleichzeitig dem Panslawismus gegenüber eine Gesinnung, welche auf die fernern Entwicklungen im Osten und Südosten Europas nicht ohne Rückwirkung bleiben wird. Rußlands Autorität ist um die Hälfte reducirt, seitdem es augenscheinlich geworden, daß das mächtige Deutschland ihm nicht unter allen Umständen zu Gefallen lebt. Und die Schwächung Rußlands ist ja eben ein Vorteil für Oesterreich. Allein unsere Freude an dieser jüngsten Wendung in der europäischen Constellation wird wesentlich beinträchtigt durch die Erwägung, daß es der Vornarsch nach Novibazar gewesen, um dessentwillen die Bestimmung zwischen Berlin und Petersburg zum Ausbruche kam. Rußland stemmte sich dagegen, daß Oesterreich auf der Balkanhalbinsel Fuß fassen, während es selbst über die Donau zurückweichen mußte; das war sein Schmerz, von dem Fürst Bismarck es nicht befreien wollte. Wir hätten uns nicht darüber geirrt, wenn just in diesem Falle der deutsche Reichskanzler Oesterreich ebenso daran gehindert hätte, sich auf der Balkanhalbinsel militärisch festzusetzen, wie er Rußland daran gehindert hat. Ja, wir wären ihm dafür dankbar gewesen, um seines und um unsertwillen. Um seineswillen, weil dadurch der Verdacht von ihm genommen wäre, daß er Oesterreich nach dem Osten hinabdrängen wolle; um unsertwillen, weil wir desto werthvollere Bundesgenossen für ihn zu sein glauben, je weniger wir finanziell und militärisch durch eine abenteuerliche Politik geschwächt werden. Solange

in dem De...
reichs sich...
begonnen...
schwerer...
er Oesterrei...
Staat zu...
— Die...
der Linger...
wird von...
partei der...
ration die...
einheitlich...
hirsche Org...
klärt nämli...
haufe wied...
daß die fr...
aus den R...
verstärken...
Abhaltung...
Versammlu...
erfolgen...
schrittsparte...
angeregten...
machung ih...
— Unter...
Entfällung...
Egerszeg...
reichen Volk...
Da jedoch...
mentarische...
war, trug...
streng local...
Leaders, v...
Anlaß vor...
sattfam da...
Pielat, der...
in der The...
deren wahr...
kreisen zu...
bleiben der...
stande zug...
ans den ve...
geboten era...
stration zu...
die Regieru...
werden soll...
Der be...
beabsichtigte...
sind vertrie...
fabrikanten...
welt war z...
tarifentwurf...
Lage. Es...
die Bundes...
eine Ersh...
eintreten...
dustrie zu...
unserer Bol...
denjenigen...
Sonntag h...
30 Fabrika...
welcher der...
behörden h...
und biscuti...
gauer Zeitu...
danert, daß...
baren Bode...
Tarif, weld...
der Ansage...
tobt auf de...
wann derset...
wird. Sol...
zu niedrig g...
So zahlen...
waaren 35...
neuen Entw...
4 Proc. des...
die gleichen...
reich 75—3...
Werthes, d...
375 Frs. a...
dem Artike...
hervor, daß...
Chinesische...
gibt, der A...
ist, währen...
lichen Nachb...
schen Zeiten...
zum Nachb...
umenten in...
und Schwin...
beitgeber, s...
Fabrikarbeit...
lern. Ange...
Zollwesen...
threr Mitte...
an die Bun...
um nochmal

in dem Deutschthum die Macht und Wohlfahrt Oesterreichs sich concentrirt, kann Deutschland unserer Bundesgenossenschaft gewiß sein; sollte es darum nicht ein schmerzlicher Fehler des deutschen Staatsmanns sein, daß er Oesterreich mit Gewalt und List in einen slavischen Staat zu verwandeln strebt?"

Die „Presse“ bemerkt: „Erst zwei Tage sind seit der Pinger Abgeordnetenconferenz verlossen und schon wird von dem extremen Flügel der Verfassungspartei der Entschluß angekündigt, durch eine Separation die Möglichkeit der Bildung einer großen und einheitlichen Verfassungspartei zu beeinträchtigen. Das hiesige Organ des bestehenden Fortschrittsclubs erklärt nämlich, daß dieser Club im neuen Abgeordnetenhaus wieder selbständig organisiert werden wird und daß die früheren Mitglieder desselben trachten werden, aus den Reihen der neugewählten Deputirten sich zu verthäten; und zwar soll diese Clubbildung noch vor Abhaltung der durch die Pinger Resolution festgesetzten Versammlung aller Abgeordneten der Verfassungspartei erfolgen. Gerade das beweist, daß es sich der Fortschrittspartei weniger um die Förderung der in Pinger angeregten Einheitsbestrebungen als um die Geltendmachung ihrer Tendenzen handelt.“

Unter dem 2. Sept. berichtet die „Presse“: „Die Enthüllung des Deak-Monuments in Zala-Egerszeg hat gestern in Anwesenheit einer zahlreichen Volksmenge in würdevoller Weise stattgefunden. Da jedoch auch nicht eine der hervorragenden parlamentarischen Persönlichkeiten zu dem Fest erschienen war, trug die Feier in ihren äußerlichen einen streng localen Charakter an sich. Indessen haben die Leabers, welche die budapester Blätter aus diesem Anlaß vorgestern dem Andenken Deak's widmeten, sattsam dargethan, daß es sich bei jenem Act der Pietät, deren Schauplatz gestern Zala-Egerszeg war, in der That um eine Landesangelegenheit handelte, deren wahre Bedeutung man in allen unbefangenen Kreisen zu würdigen versteht. Auch ist das Fernbleiben der erwähnten Persönlichkeiten einzig dem Umstande zuzuschreiben, daß jede derselben, wenngleich aus den verschiedensten individuellen Gründen, es für geboten erachtete, wenigstens indirect gegen die Demonstration zu protestiren, welche im Namen Deak's gegen die Regierung und die liberale Partei in Scene gesetzt werden sollte.“

Schweiz.

Der Berner „Bund“ vom 2. Sept. berichtet über beabsichtigte Zollreform: „Mehr als zwei Jahre sind verstrichen, seitdem eine größere Zahl thurgauischer Fabrikanten der Textilindustrie in Arriodweil versammelt war zur Berathung des neuen schweizerischen Zolltarifentwurfes sowie zur allgemeinen Berathung ihrer Lage. Es wurde damals beschlossen, eine Eingabe an die Bundesbehörden zu richten in dem Sinne, daß eine Erhöhung der Eingangszölle auf fremde Fabrikate eintreten müge, einestheils um die einheimische Industrie zu schützen und andertheils die Bemessung unserer Zollansätze in ein richtigeres Verhältnis zu denjenigen der Nachbarstaaten zu bringen. Letzten Sonntag hat nun wieder eine Versammlung von etwa 30 Fabrikanten des Oberturgauens stattgefunden, in welcher der aus der ersten Berathung der Bundesbehörden hervorgegangene Zolltarifentwurf vorgelegt und discutirt wurde. Zunächst wurde nach der Thurgauer Zeitung, der wir diese Notizen entnehmen, bedauert, daß wir heute noch auf dem gleichen unfruchtbaren Boden stehen wie vor zwei Jahren; der neue Tarif, welcher etwaige Verbesserungen, d. h. Erhöhung der Ansätze auf fremde Fabrikate enthält, liegt noch todt auf der Hand, und es ist noch kaum abzusehen, wann derselbe endlich einmal Leben und Kraft erhalten wird. Sodann sind die Ansätze im neuen Tarif noch zu niedrig gegenüber denjenigen unserer Nachbarstaaten. So zahlen z. B. 100 Kilogramm bunte Baumwollwaaren 35 Frs. schweizerischen Eingangszoll nach dem neuen Entwurf (jetziger Ansatz 16 Frs.), was kaum 4 Proc. des Waarenwertes ausmacht, während für die gleichen Artikel Deutschland 80—200 M., Frankreich 75—325 Frs., für seine Sorten 15 Proc. des Wertes, Oesterreich, Italien und Spanien 100—375 Frs. ansetzen, und so ist es auch bei allen andern Artikeln. Aus diesen Verhältnissen geht klar hervor, daß der schweizerischen Industrie durch die chinesische Mauer, welche von allen Seiten umgibt, der Absatz in diese Länder gleichsam verschlossen ist, während umgekehrt unsere Landesgrenzen sämtlichen Nachbarn offen stehen, welche besonders in kritischen Zeiten ihre Ueberproduktion — billig und schlecht — zum Nachtheil unserer Industrie und selbst der Consumenten in alle Gauen der Schweiz durch Agenten und Schwindler hineinwerfen, und nicht bloß die Arbeitgeber, sondern Tausende von Handwerkern und Fabrikarbeitern aller Art um ihr tägliches Brot schmälern. Angesichts dieser Misstände im Handels- und Zollwesen hat die Versammlung eine Commission aus ihrer Mitte beauftragt, nochmals mit einer Eingabe an die Bundesbehörden zu gelangen mit dem Wunsch um nochmalige Erhöhung der Zollansätze, namentlich

für die Einfuhr von Textilartikeln in Halbwohle, Baumwolle und Leinen, sowie daß im Fernern die baldige Einführung eines neuen Zolltarifs stattfindet.“

Italien.

Der Neuen Preussischen Zeitung schreibt man aus Rom vom 29. Sept.: „Nach einer statistischen Veröffentlichung belief sich die Zahl der Klöster in Italien, welche dem Aufhebungsgeetze unterworfen wurden, auf 4254. Es war nicht möglich, die Zahl der Mitglieder genau anzugeben. Eine Statistik, welche für 3869 dieser Häuser erschienen ist, besagt, daß dieselben von 29863 Mönchen und von 23999 Nonnen bewohnt waren. Ohne die Gaben, welche aus allen Orten von Sammlungen diesen 63862 Mönchen und Nonnen zugewendet wurden, erfreuten sie sich einer Rente von 24,618618 Lire.“

Spanien.

In den letzten Tagen ist von Madrid aus das Gerücht verbreitet worden, Oesterreich verlange von dem Könige Alfons eine Ausöhnung mit Don Carlos; dieser wolle auf seine Ansprüche an die Krone verzichten. Dieses Gerücht wurde zunächst in der Form eines madrider Briefes an die France und durch eine Reutersche Depesche weiter verbreitet. Der Figaro, welcher neuerdings aus den Interviews eine besondere Specialität macht, hatte nicht sobald von dem madrider Gerücht vernommen, als auch schon einer seiner Mitarbeiter, Dr. Philippe Gille, auf dem Wege nach dem Hotel war, wo Don Carlos sich befand, um den Prinzen zu sprechen. Der Präsident empfing den journalistischen Besucher ohne weiteres und gab auf dessen Fragen folgende Antwort:

Ich erkläre in der formellsten Weise, daß ich meine Rechte auf die Krone von Spanien nicht aufgegeben habe und niemals aufgeben werde. Als ich mich auf dem Schlachtfelde befand, habe ich durch den Mund meiner Kanonen protestirt; das kann ich heute nicht, aber von der Höhe meines Gewissens protestire ich und werde immer protestiren! Meine Pflicht ist, meine Rechte und die meiner Dynastie zu schützen, ebenso wie die Principien, die auf meiner Fahne, welche auch die Spaniens ist, stehen. Ich möchte hinzufügen, daß es mir, selbst abgesehen von der Frage der Legitimität und den rein monarchischen Standpunkt vermeidend, unmöglich ist, auf diesem Gebiete auch nur die geringste Concession zu machen. Für mich ist es klar, daß mein Vetter Alfons nicht lange regieren kann; die Volksmassen in Spanien sind entweder Karlisten oder Republikaner. Alfons, aus einem Pronunciamento hervorgegangen, ist auf den Thron gelangt und wird dort erhalten nur durch einen Generalstab, mit dem er früher oder später verschwinden muß. Nehmen wir an, ich hätte die Schwäche, die Freigebigkeit, die Handlung zu begehen, welche man mir hat zuschreiben wollen, welchen Bestand würde ich meinem Vetter leisten können? Würden mir in diesem Falle diejenigen folgen, die bereit sind, für meine Sache ihr Blut zu vergießen und die es so wohl bewiesen haben? Sicherlich nicht! In diesem Falle würde ich nur mit Don Alfons unterliegen, und die Republik würde proclamirt werden, weil meine Fahne, um die sich die Anhänger des monarchischen Systems im allgemeinen hätten scharen können, mit der seinen würde begraben worden sein. Spreche man nicht von fremden Monarchien, man weiß seit langem, daß sie auf ewig in Spanien unmöglich sind! Zum Schluß bemerkte Don Carlos: „Nicht wahr, mein Herr, meine Ideen über meine Rechte sind sehr absolut? Nun wohl, ich kann Ihnen versichern, daß es auch die meines Onkels, des Grafen von Paris sind, der wiederholt erklärt hat, nur mich als legitimen König von Spanien anzuerkennen!“

Mit Bezug auf eine Bemerkung über die mögliche Versöhnung der beiden bourbonischen Zweige erklärte Don Carlos: „Niemand wünscht diese Versöhnung mehr als ich, aber auf der Basis des von Philipp V. in Uebereinstimmung mit den allgemeinen Cortes festgesetzten halbhalbsischen Gesetzes.“

Frankreich.

* Paris, 2. Sept. Ueber das Treiben im Mexikanischen Lager äußert das Journal des Débats: „Wer sich überzeugen will, wie weit die Unterwürfigkeit und Vernechtung des Episkopats unter der Hand der Partei, die jetzt die Kirche beherrscht, geht, und wie tief diese Leute das Christenthum wieder ins Heidenthum zurückzuführen, der lese in den kirchlichen Blättern und Blättchen diese Beschreibungen der Pilgersfahrten nach Lourdes und Salette. Es ist, als suche in unserem großen Zeitalter der Wissenschaft der Aberglaube Rettung und Macht in einer Verdoppelung der Ungesundheit und werfe sich mit Haut und Haaren auf das Credo quia absurdum.“ Das Journal des Débats schildert das Treiben bei den Heilungen und meint: „Das also macht man aus der christlichen Religion! Eine Theatervorhalle und einen Mineralwasserkrum. Und diesen ganzen Mummenschanz sollen wir als Religion hinnehmen! Aber es ist kein Gott und kein Christus mehr in dieser Kirche des Jahresmarktes und der Kramwaare. Sie ist ein Wachsfingercabinet. Und mit diesem Unterricht will man neue Generationen bilden! Das Ergebnis ist leicht vorherzusehen: diejenigen, die von diesen Wassern trinken, werden Idioten, und diejenigen, welche sich weigern, werden Atheisten. Das sind die zwei Klassen, in welche die neue Religion die Nation zerspalten wird.“

Eine genaue Zählensstellung des Verhältnisses der Generalräthe zum Ferry'schen Gesetze ergibt, daß bis jetzt 30 Räte für und 32 gegen das Gesetz stimmten; in 19 dagegen wurde dieser Gegenstand gar nicht verhandelt. In den 30 Versammlungen, die dem Gesetze günstig waren, ergaben sich 527 Stimmen für, 220 gegen und 762, die sich der Abstimmung enthielten. Umgekehrt ergaben die 32 ungünstigen Versammlungen 292 für, 652 gegen und 133, die nicht stimmten. Nimmt man nun die 1986 Generalräthe in den vorhandenen 62 Versammlungen zusammen, so stimmten 819 für, 872 gegen das Gesetz und 295 enthielten sich oder waren abwesend.

In den Kohlenruben von Roubcamp (Ober-saône) fand heute eine Explosion statt. Es wurden 15 Bergleute getödtet und eine große Anzahl verwundet.

Großbritannien.

† London, 2. Sept. Die Nachrichten über den Stand des afrikanischen Krieges sind — so äußert sich das Wochenblatt Saturday Review — unsicher oder einander widersprechend. Bekannt sei nur das eine, daß Ketschwayo noch eine bewaffnete Macht besitze, Zahl und Stimmung derselben sei nicht genau bekannt. Flüchtlinge und Gefangene wünschten vielleicht dadurch Gunst zu erlangen, daß sie meldeten, die Truppen des Königs hätten keine Neigung zu kämpfen und der Krieg sei tatsächlich vorüber. Sir Garnet Wolseley scheine weniger Vertrauen auf die frühe Unterwerfung des Feindes zu haben als bei seiner Ankunft. Die schnelle Auflösung eines Theiles der im Zululande stehenden Armee ist — wie Saturday Review meint — wahrscheinlich eine Folge der dem Sir Garnet Wolseley vor seiner Abreise aus England gegebenen Instructionen. Es habe im Interesse der Regierung gelegen, sobald wie möglich die laufenden Ausgaben zu verringern. Vielleicht auch werde Ketschwayo den Abmarsch verschiedener Truppentheile als einen Beweis selbstbewußter Stärke ansehen. Sollte jedoch eine Zurückrufung nöthig werden, so habe der Obercommandeur oder seine Vorgesetzten eine schwere Verantwortlichkeit auf sich geladen. Nach Ansicht des genannten Wochenblattes profitirt Sir Garnet von dem Erfolge seines Vorgängers und adoptirt wahrscheinlich auf Anweisung der britischen Regierung auch die Hauptpolitik des Obergouverneurs, der ihm unterstellt worden sei. Sir Bartle Frere habe behauptet, das Zululand müsse eine englische Dependenz werden. Sir Michael Hild-Beach habe der Opposition im Unterhause Depeschen vorgelegt, in denen er Sir Bartle Frere's Politik der Eroberung nicht billigte, für sowohl wie gegen diese Politik hätten Gründe gesprochen. Jetzt sei eine Entscheidung getroffen, denn Sir Garnet Wolseley habe verlauten lassen, daß Ketschwayo nicht länger Herrscher bleiben könne, und daß sein Reich, sechsfach eingetheilt, unter die Aufsicht eines britischen Residenten zu stellen sei. „Schwer ist es“ — so sagt Saturday Review — „in dieser Angelegenheit Politik mit Gerechtigkeit zu versöhnen. Sir Bartle Frere müsse Wohlgefallen haben an dieser seitens der britischen Regierung nachträglich gegebenen Billigung seiner Politik. Kein Wunder sei ferner, daß die Colonisten ihm so halbdigen.“ Daß sie aber zu den Kriegskosten beisteuern würden, ist der Saturday Review sehr unwahrscheinlich.

Ueber die bevorstehende Occupation Novibazar's durch die Oesterreicher äußert sich der Standard wie folgt: „Nach der Enttäuschung, welche auf den vom Grafen Andrassy im letzten Herbst vorausgesehenen unblutigen Einmarsch folgte, wäre es nicht weise, bezüglich des friedlichen Resultats dieser neuen Operation, allzu optimistisch zu denken. Dennoch wälen heute Umstände vor, welche bei der Befehung Bosniens fehlten und uns zur Hoffnung berechtigten, daß die kaiserlichen Truppen einen freundlichen Empfang in Novibazar finden werden. Vor einem Jahre hatte die Hohe Pforte den Widmuth noch nicht überwunden, den ihr die Ratification des Berliner Vertrages einflößen mußte. Im Kriege überwunden, wurde die Türkei nur theilweise durch eine wohlwollende Diplomatie gerettet, sodas der Sultan und seine Minister geneigt waren, die nur nominellen Freunde fast noch mit scheelern Augen zu betrachten als die offenen Gegner. Mit ganz besonderer Abneigung wurde Oesterreich angesehen, weil man es im Verdacht hatte, von Anfang an intrigirt zu haben, um ein beträchtliches Stück ottomanischen Territoriums zu verlangen. Die Folge davon war, daß die österreichischen Truppen bei ihrem Einmarsch in Bosnien auf einen verbissenen bewaffneten Widerstand stießen, und glaubte man damals nicht ohne Grund annehmen zu dürfen, daß dieser Widerstand nicht allein von der Pforte ermutigt, sondern auch durch die russischen Agenten angefaßt wurde, indem beide Staaten mit Genugthuung auf die Verlegenheiten eines Staates blickten, welcher blutlosen Gewinn aus ihrem gegenseitigen blutigen Kampfe zu ziehen hoffte. Es liegt kein Grund zur Annahme vor, daß die türkische Regierung heute von den gleichen übelwollenden und gehässigen Gesinnungen befeelt ist, und

Leipziger Börse.

4. Sept.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations including Amsterdam, Brüssel, London, Paris, and Wien.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds and securities, including titles like 'Deutsch-Anl. 1877 v. 5000-3000', 'K. S. Renten-Anl.', and 'Leipziger Hyp.-Bk.-Sch.'.

Bank-Disconto.

Table of bank discount rates for various banks and locations.

Sorten.

Table of different types of bonds and securities.

Eisenb.-Stamm-Act.

Table of railway stock prices for various companies.

Table of railway stock prices (continued) for companies like Berlin-Potsdam-Magdeh. and Chemnitz-Witzsch.

Table of railway stock prices (continued) for companies like Eisenbahn-St.-Fr.-Actien and Altenburg-Zeitz.

Table of railway stock prices (continued) for companies like Eisenbahn-St.-Fr.-Actien and Altenburg-Zeitz.

Table of bank and credit stock prices, including titles like 'Allg. D. Cr.-A.', 'Berl.-Disco.-Ges.', and 'Deutsche Bank'.

Table of industrial stock prices, including titles like 'Chamm.-A.-Spinnerei' and 'Katt.-Schl.-Beh.'.

Table of foreign stock prices, including titles like 'Oesterr. Goldrente', 'Ungar. Goldrente', and 'Russ. Präm.-Anl.'.

Table of foreign stock prices (continued) for companies like Amerik. 6% Anl. and Inl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table of foreign stock prices (continued) for companies like Ausl. Eisenb.-Prior.-Obl. and various international bonds.

Table of foreign stock prices (continued) for companies like Kohlen-Act. u. Prior. and various international bonds.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Freitag, 5. Sept. Gastdarstellung des Königl. Hofschauspielers Karl Sontag. Maria und Magdalena. Schauspiel in 4 Acten von Paul Lindau. ... Altes Theater. Sonnabend, 6. Sept. Gastdarstellung des Königl. Hofschauspielers Karl Sontag. Große Kinder, oder: Unsere Herren Ärzte. Schauspiel in 5 Acten. Frei nach dem Französischen von Eugen Tattenbach.

